

Kantzenbach, Erhard

Article — Digitized Version

Vor schweren Aufgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kantzenbach, Erhard (1990) : Vor schweren Aufgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 12, pp. 586-587

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136701>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vor schweren Aufgaben



Erhard Kantzenbach

Die Bundesregierung hat durch das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl eine überzeugende Bestätigung ihrer bisherigen Deutschlandpolitik erfahren. Zu Recht – wie ich meine –, denn sie hat die Chancen, die sich durch die Reformbewegung und den Machtzerfall im ehemaligen „Ostblock“ ergaben, geschickt genutzt. Von vielen Ökonomen war auf die Gefahren einer schnellen Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hingewiesen worden. Nur, eine realistische Alternative konnte niemand aufzeigen. Es war, einem vielzitierten Wort entsprechend, „ein Sprung ins kalte Wasser – aber auch ein Sprung vom sinkenden Schiff“. Aufgabe der neuen Bundesregierung wird es sein, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen.

Daß die Umstellung der Wirtschaft in der ehemaligen DDR nicht ohne die Schließung von Betrieben und die Freisetzung von Arbeitskräften abgehen würde, war von vornherein zu erwarten. Das Ausmaß und die Schnelligkeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs aber haben viele Ökonomen überrascht. Insofern waren die Cassandra-Rufe Lafontaines nicht unbegründet.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist das Bruttosozialprodukt im Gebiet der ehemaligen DDR im dritten Quartal 1990 gegenüber dem Vorjahr um 30,8% gesunken. Die Wertschöpfung der Industrie sank um 48,5%. Die Quote der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter betrug im November zusammengenommen 27%. Angesichts dieser Zahlen von einer „gespaltenen Konjunktur“ zu sprechen, ist reiner Euphemismus. Es handelt sich um eine Strukturkrise von einem Ausmaß, wie sie die Bundesrepublik seit ihrer Gründung noch nicht erlebt hat.

In ihrem Herbstgutachten haben die Wirtschaftsforschungsinstitute eine Umkehr der Entwicklung erst für den Sommer 1991 prognostiziert. Die Schätzungen des Sachverständigenrates lauten ähnlich. Das Problem ist, daß die Voraussetzungen für einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland um so schlechter werden, je länger die Umkehr der Entwicklung auf sich warten läßt.

Die Schaffung der Währungsunion im Juli war vor allem notwendig, um in der damaligen DDR die Hoffnung auf eine baldige Besserung der wirtschaftlichen Situation zu wecken. Nur so konnte man hoffen, den Übersiedlerstrom zu dämpfen. Die D-Mark brachte den Ostdeutschen zwar eine erhebliche Verbesserung ihrer Güterversorgung, aber auch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Je länger bessere Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten auf sich warten lassen, desto mehr Arbeitskräfte werden nach Westdeutschland abwandern – und es werden wieder die jüngeren, flexibleren und besser qualifizierten sein. Sie finden im Westen leicht Arbeit und Unterkunft, aber gerade sie werden im Osten dringend gebraucht. Es entsteht die Gefahr eines „deutschen Mezzogiorno“ östlich der Elbe. Klaus von Dohnanyi und Claus Noé haben auf diese Gefahr hingewiesen.

Eine vorrangige Aufgabe der neuen Bundesregierung wird es sein, diese Gefahr zu bannen. Dazu wird sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen müssen, soweit sie ordnungs-

und prozeßpolitisch vertretbar sind. Unumstritten ist, daß der Nachholbedarf an Infrastruktur-Investitionen im Gebiet der ehemaligen DDR riesig ist und daß hier in erster Linie der Staat gefordert ist. Auf absehbare Zeit läßt sich dabei auch kaum etwas falsch machen. Nachholbedarf besteht bei allen Verkehrswegen: bei Schienen, Straßen, Flughäfen und beim Telekommunikationsnetz. Zunächst geht es dabei weniger um Neuplanung als um Wiederherstellung und Verbesserung der bestehenden Anlagen. Der Kapazitätseffekt dieser Investitionen ist dementsprechend hoch und trägt entscheidend zur Verbesserung der Angebotsbedingungen in Ostdeutschland bei. Soweit ostdeutsche Firmen und ostdeutsche Arbeitskräfte beschäftigt werden können, werden dort auch zusätzliche Einkommen und zusätzliche Nachfrage geschaffen. Kurzfristig kommt es jetzt vor allem darauf an, daß die entsprechenden Maßnahmen schnell und in großem Umfang begonnen werden.

Zur Stimulierung privater Investitionen müssen zunächst die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Die potentiellen Investoren sind von Lasten und Risiken freizustellen, die aus der Zeit vor dem Regimewechsel stammen. *Vordringlich ist die abschließende Klärung der Eigentumsverhältnisse an den ostdeutschen Grundstücken sowie die Übernahme der Umwelt-Altlasten und der Altschulden der Betriebe durch die öffentliche Hand.*

Darüber hinaus bedarf es aber weiterer Rentabilitätsverbesserungen. Zur Diskussion stehen die von der FDP geforderten Steuerpräferenzen. Ordnungspolitisch mögen sie attraktiv sein, ihre Effizienz ist jedoch zu bezweifeln. In dieser Hinsicht sind weitere direkte Investitionszulagen, Lohnkostenzuschüsse oder sogar staatliche Beteiligungen am Risikokapital vorzuziehen. In der gegenwärtigen labilen Situation ist der Effizienz der eingesetzten Mittel Vorrang einzuräumen – soweit es sich um reversible Maßnahmen handelt, die später wieder korrigiert werden können und sollen.

Anders zu beurteilen sind jedoch solche Maßnahmen, die die institutionellen Strukturen in den neuen Bundesländern auf Dauer determinieren. Hier sollte um eines kurzfristigen Erfolges willen, so *dringend erforderlich* der auch ist, ordnungspolitisch nicht falsch entschieden werden. Mit der Übertragung des westdeutschen Systems vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen mit abgegrenzten Versorgungsgebieten wurde bereits die Chance eines wettbewerbs- und umweltpolitischen Fortschritts vertan. Auch die Pläne der Bundesregierung, unter dem Druck der leeren Kassen Teile der Infrastruktur zu privatisieren, stoßen auf ordnungspolitische Bedenken. Bei Infrastruktur-Investitionen kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß die Kriterien privatwirtschaftlicher Rentabilität denen der gesamtwirtschaftlichen Effizienz entsprechen. Die Begünstigungs- und Belastungseffekte gehen meistens weit über den Kreis der unmittelbaren Benutzer hinaus. Bei der Privatisierung ist deshalb die Gefahr struktureller Fehlentwicklungen nicht auszuschließen.

Damit stellt sich die Frage nach der Finanzierung der Unterstützungsmaßnahmen für die ostdeutschen Länder. Der Bundeskanzler steht im Wort, die Vereinigung ohne Steuererhöhungen zu vollziehen. Auch die Forschungsinstitute lehnen Steuererhöhungen ab, da sie die konjunkturelle Entwicklung schwächen könnten. Die Bundesbank und der Sachverständigenrat aber warnen vor einer weiteren Verschuldung der öffentlichen Hand, die vermutlich die Zinsbelastung privater Investoren und des Staates weiter erhöhen und deren Handlungsspielraum einschränken würde.

Es bleibt also nur die *Ausgabenumschichtung* in den öffentlichen Haushalten. Solange diese Forderung abstrakt gestellt wird, findet sie allgemeine Zustimmung. Wenn es dann aber um die Festlegung geht, wo denn konkret Subventionen gekürzt, Steuervergünstigungen abgebaut und öffentliche Leistungen eingeschränkt werden sollen, tun sich alle Politiker erfahrungsgemäß schwer. Immerhin sind die Voraussetzungen für die neue Bundesregierung so günstig wie selten zuvor: ein überzeugender Wahlsieg, vier Jahre Zeit, in den westlichen Bundesländern (noch?) eine günstige Gewinn- und Beschäftigungssituation und ein unbestrittener, aber (hoffentlich) vorübergehender Finanzbedarf in Ostdeutschland. Hoffen wir, daß die Bundesregierung die Gunst der Stunde nutzt.